

MEDIENMITTEILUNG

Auslandschweizerrat empfiehlt Nein zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Bern, 20. März 2026 – **Zahlreiche Auslandschweizer:innen aus aller Welt fanden sich heute in Bern zur Sitzung des Auslandschweizerrats (ASR), des «Parlaments der Fünften Schweiz», zusammen. Auf dem Programm stand unter anderem die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)». Der Rat betonte die Wichtigkeit der Personenfreizügigkeit für die Auslandschweizer:innen und empfahl die Initiative zur Ablehnung.**

Über hundert Delegierte des Auslandschweizerrats (ASR), des höchsten Organs der Auslandschweizer-Organisation (ASO), trafen sich heute im Kursaal in Bern und online zu ihrer ersten Sitzung im 2026. Neben statutarischen Geschäften widmete sich der Rat einem aktuellen politischen Thema, das die Fünfte Schweiz sehr direkt betrifft: Die Delegierten forderten zur Ablehnung der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)» am 14. Juni auf.

Initiative stellt Personenfreizügigkeit in Frage

57 Prozent aller Auslandschweizer:innen, also rund 475 000 Personen, leben in einem EU- oder EFTA-Staat. Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) regelt ihre Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen. Dieses für die Auslandschweizer:innen zentrale Abkommen wäre bei Annahme der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» gefährdet: Falls die Bevölkerung zehn Millionen überschreitet und keine Ausnahmeregelung mit der EU erzielt werden kann, müsste die Schweiz gemäss Bundesrat das Freizügigkeitsabkommen kündigen. Dies würde erhebliche Unsicherheiten für die Aufenthaltsrechte, die Niederlassung sowie für Rückkehrperspektiven von Auslandschweizerfamilien, insbesondere in binationalen Konstellationen, schaffen.

Der Auslandschweizerrat setzte sich deshalb an seiner heutigen Sitzung für die Personenfreizügigkeit ein und appellierte an das Schweizer Stimmvolk, die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» abzulehnen.

Ein Erfolg für die Fünfte Schweiz beim Entlastungspaket 27

Ständerat Carlo Sommaruga, Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe «Auslandschweizer», überbrachte dem Auslandschweizerrat erfreuliche Neuigkeiten aus der Frühjahrssession: Das Parlament entschied in der Schlussabstimmung zum Entlastungspaket 27 ganz im Sinne der Fünften Schweiz. Es lehnte sowohl die Streichung der Bundesbeiträge an das SRG-Auslandmandat wie auch Kürzungen bei den Auslandschweizerbeziehungen ab und verzichtete auf einen Grossteil der vom Bundesrat vorgesehenen Kürzungen bei den Schweizerschulen. ASO-Präsident Filippo Lombardi zeigte sich sehr erfreut über diesen Erfolg und dankte den National- und Ständerät:innen für ihren Einsatz für die Anliegen der Auslandschweizergemeinschaft.

